

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **281 (2002)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-377188>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER, TROGEN

Die Geschichte ist reich an Beispielen, die zeigen, dass Freiheit nur dort gedeihen kann, wo Verantwortungsbewusstsein, Toleranz und Orientierung am Gemeinwohl bestimmend sind. Bereits Platon beobachtete, dass «ein Übermass an Freiheit sowohl für den einzelnen wie für den Staat in ein Übermass an Sklaverei mündet» und dass «auf die extremste Freiheit der absolutesten und intolerantesten Despotismus folgt». Gegen Despotismus ist die Welt, wie der Überblick über die politische Landkarte zeigt, noch längst nicht überall gefeit. Auch im Wirtschaftsleben liess sich – nicht zuletzt in der Schweiz – auffallend häufig beobachten, wie Manager durch kurzsichtiges oder selbstsüchtiges Handeln die Grundlagen einer freiheitlichen Ordnung aufs Spiel setzten. Dass Machtmissbrauch auch vor demokratischen Regierungen nicht halt macht, offenbarte die Parteispendenaffäre in Deutschland: Über Jahre hinweg hatte die Regierung Kohl in gesetzwidriger Weise geheime Konten geöffnet, aus denen sie politische Kampagnen finanzierte.

Trotz aller Unzulänglichkeiten zeigen sich demokratische, rechtsstaatliche Ordnungen fast ohne Ausnahme besser geeignet, Abnützungserscheinungen,

Fehlentwicklungen und Missbräuche zu korrigieren, als autoritäre Systeme. Selten zuvor konnte der Fortschritt demokratischer Prinzipien weltweit so eindrücklich beobachtet werden wie in der Berichtsperiode 2000/2001. In verschiedenen Ländern erfolgten Machtwechsel, die man lange Zeit nicht für möglich gehalten hätte. Und in einem Fall – Jugoslawien – erlebte die Welt, wie ein diskreditiertes autoritäres Regime schliesslich durch die Macht des Volkes zu Fall gebracht und durch eine demokratische Regierung ersetzt werden konnte.

Tyrannensturz in Belgrad

Auch nach dem Zusammenbruch des jugoslawischen Vielvölkerstaates hatten sich in Serbien die Kommunisten an der Macht gehalten. Unter Slobodan Milosevic verfolgte Belgrad einen extrem nationalistischen Kurs, der auf die Etablierung eines grossserbischen Staates hinzielte. Milosevic ging buchstäblich über Leichen: In Slawonien, Bosnien und im Kosovo hinterliess der Serbenführer eine unauslöschliche Spur aus Blut und Trümmern. Trotz der kriegerischen Verwicklungen und

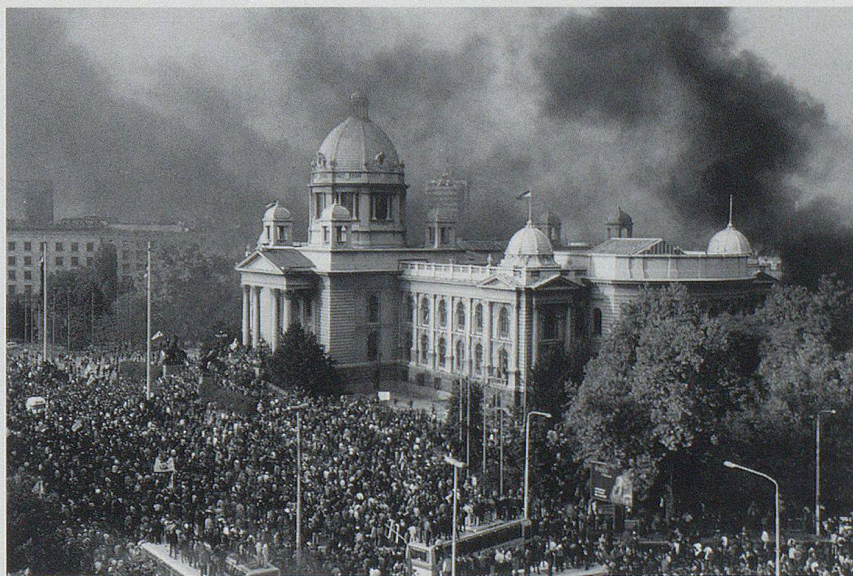


Foto: Keystone

Am 5. Oktober 2000 versammelten sich mehr als eine halbe Million Menschen in der Belgrader Innenstadt, um gegen das Milosevic-Regime zu protestieren; Anhänger der Opposition stürmten das Parlament und die Fernsehzentrale, worauf Slobodan Milosevic den Forderungen nach seinem Rücktritt nachgab.

wachsender internationaler Isolation Jugoslawiens vermochten sich Milosevic und seine Schergen überaus lange an der Macht zu halten – und gedachten auch nicht kampflos darauf zu verzichten: Anfang Juli 2000 billigte das Parlament der Bundesrepublik eine Verfassungsänderung, die es dem Präsidenten erlaubte, bei den für den September angesetzten Wahlen ein zweites Mal zu kandidieren. Milosevic liess sich weder von wütenden Protesten der Opposition noch von separatistischen Tendenzen in Montenegro einschüchtern, und er schreckte auch nicht vor plumpen Wahlfälschungen zurück. Doch damit war das Mass voll. Zwar behauptete die serbische Wahlkommission, keiner der beiden Präsidentschaftskandidaten habe am 24. September die nötige Mehrheit im ersten Wahlgang erreicht; die demokratische Opposition Serbiens und die Wahlbeobachter der OSZE hatten jedoch genügend Beweise in der Hand, dass Oppositionskandidat Vojislav Kostunica mehr als 50 Prozent der Stimmen errungen hatte. Am 5. Oktober versammelten sich mehr als eine halbe Million Menschen in der Innenstadt von Belgrad: Anhänger der Opposition stürmten das Parlament und die Fernsehzentrale, während Armee und Polizei sich neutral verhielten. Am folgenden Tag gestand Milosevic seine Niederlage ein, und Kostunica, ein 56-jähriger Rechtsprofessor, übernahm die Staatsgeschäfte. Der neue ju-

goslawische Präsident betonte in ersten Erklärungen seinen Willen, die Probleme seines Landes auf friedliche Weise bewältigen zu wollen. Es gelang ihm überraschend schnell, internationalen Rückhalt zu gewinnen – nicht nur in den USA und den EU-Staaten, sondern auch in China und Russland, die dem Milosevic-Regime bis zuletzt die Stange gehalten hatten. Einer Verhaftung Milosevics, bzw. einer Auslieferung an das internationale Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag, wie sie das Ausland forderte, widersetzte sich die neue Regierung in Belgrad zunächst. Erst am 1. April 2001, nach einer dramatischen Belagerung der Milosevic-Residenz durch Polizeikräfte, wurde der Ex-Diktator in Gewahrsam genommen. Ihm wurden von der Justiz Korruption, Machtmissbrauch, Wahlbetrug, Beteiligung an organisierten Verbrechen, Entführungen und Morde zur Last gelegt. Einstweilen offen blieb die Frage einer möglichen Auslieferung ans Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag. Dieses Gremium verschaffte sich unter der Leitung der Schweizerin Carla del Ponte zunehmend Respekt: Am 22. Februar 2001 verurteilte der Gerichtshof beispielsweise drei bosnische Serben zu Freiheitsstrafen von 28, 20 und 12 Jahren, weil sie 1992 in der Stadt Foca rund 70 muslimische Frauen auf brutalste Weise hatten misshandelt und vergewaltigen lassen. Am 15. April wurde der frühere bosnische Ser-

benführer Dragan Obrenovic festgenommen, dem die Ermordung von über 5000 muslimischen Männern und Knaben bei der Einnahme der Stadt Srebrenica im Jahr 1995 zur Last gelegt wurde.

Die Umwälzungen in Jugoslawien strahlten auch auf Bosnien, Montenegro und Kosovo aus. Sowohl in Kosovo als auch in Bosnien vermochten die unter Uno-Ägide wirkenden Friedenstruppen Ruhe und Ordnung trotz anhaltender Spannungen zwischen den Volksgruppen aufrechtzuerhalten – eine unabdingbare Voraussetzung für den Wiederaufbau. In Montenegro erlitten die Kräfte, die eine Trennung von Jugoslawien anstrebten, bei den Parlamentswahlen vom 22. April einen unerwarteten Dämpfer: Der Vorsprung des secessionistischen Lagers mit Präsident Milo Djukanovic an der Spitze betrug ganze 2 Prozent. Auch mit Mazedonien normalisierte Jugoslawien seine bisher gespannten Beziehungen; die beiden Staaten einigten sich namentlich in der umstrittenen Frage des Grenzverlaufs. Das Bergland Mazedonien, dessen 2-Millionen-Bevölkerung zu rund einem Viertel aus ethnischen Albanern besteht, sah sich seinerseits einer neuen, schweren Herausforderung gegenüber: Albanische Guerilla-Verbände drangen von Norden her in das Land ein; die darauf folgenden Kämpfe drohten in einen neuen Balkan-Krieg mit unabsehbaren Folgen auszumünden.

Umwälzungen

Umwälzungen erlebten auch zahlreiche andere Länder: Auf den Philippinen trat Präsident Joseph Ejercito Estrada am 20. Januar 2001 auf massiven Druck hin zurück. Ein formelles Amts-enthebungsverfahren im Senat wegen Korruption, Bereicherung, Misswirtschaft und Amtsmissbrauch führte zwar nicht direkt zum Ziel; doch kam es in Manila und andern Städten zu Massendemonstrationen, und eine Reihe von Kabinettsmitgliedern und die Spitzen des Militärs fielen nach und nach von Estrada ab. Als Nachfolgerin wurde Gloria Macapagal Arroyo, die bisherige Vizepräsidentin, vereidigt. – In Indonesien klammerte sich Präsident Abdurrahman Wahid verbissen an sein Amt, obschon das Parlament des Landes Ende Mai 2001 mit grosser Mehrheit seine Entmachtung und Ablösung durch Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri, die Tochter des Staatsgründers Sukarno, einleitete. Korruption, Inkompetenz und chaotische Staatsführung lauteten die hauptsächlichen Vorwürfe. Den Unruhen im Norden Sumatras, auf Borneo sowie auf den Molukken, die den Zusammenhalt der Indonesischen Republik zunehmend bedrohten, stand Wahid machtlos gegenüber. – In Nepal erschoss am 2. Juni 2001 Kronprinz Dipendra zehn Mitglieder seiner Familie, unter ihnen seinen Vater, König Birendra, seine Mutter sowie zwei sei-



Foto: Keystone

Familientragödie im nepalesischen Königshaus: Kronprinz Dipendra erschoss zehn Mitglieder seiner Familie, unter ihnen König Birendra.

ner Geschwister. Die genauen Umstände der Familientragödie blieben ungeklärt. Zum neuen Herrscher wurde Birendras Bruder Gyanendra ausgerufen. – In Peru wurde Präsident Alberto Fujimori gestürzt, nachdem er die Wahlen des Jahres 2000 noch dank massiver Wahlfälschungen gewonnen hatte. Nach einem Korruptionsskandal, in welchen sein mächtiger Sicherheitschef Montesinos verwickelt war, sah sich Fujimori gezwungen, nach zehnjähriger Amtszeit zurückzutreten und in Japan, der Heimat seiner Vorfahren, Exil zu suchen. Die Neuwahl gewann am 3. Juni 2001 Alejandro Toledo knapp vor dem ehemaligen Präsidenten Alan Garcia. Toledo ist der erste Indio an der peruanischen Staatsspitze; wären die Wahlen vom Frühjahr 2000 regulär

durchgeführt worden, wäre er bereits zu diesem Zeitpunkt Präsident geworden. – Dass selbst im notorisch korruptionsanfälligen Lateinamerika eine neue Epoche angebrochen war, erlebte auch Argentiniens Ex-Präsident Carlos Menem: Wegen des Verdachts auf Waffenhandel, Geldwäscherei und Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung wurde Menem Anfang Juni 2001 in Gewahrsam genommen.

Nahöstliche Gewaltspirale

Eine neuerliche Ablösung an der Regierungsspitze gab es in Israel: Aus den zweiten Direktwahlen des Ministerpräsidenten am 6. Februar 2001 ging wie erwartet der Kandidat des rechtsgerichteten Likud, Ariel Scharon, als Sie-



Die Ablösung Ehud Baraks durch Ariel Scharon an der israelischen Regierungsspitze brachte keine Beruhigung der angespannten Lage zwischen Israel und den Palästinensern. Im Gegenteil, Terror und Gewalt erreichten neue Höhepunkte.

ger hervor. Auf Scharon entfielen 62,5 Prozent der Stimmen, auf Ehud Barak, den bisherigen Regierungschef, lediglich 37,5 Prozent. Die Wahl war notwendig geworden, nachdem Baraks Koalition am 10. Dezember 2000 auseinandergebrochen war. An Scharons Erfolg bestand schon im Vorfeld der Wahl kein Zweifel; dem ehemaligen General wurde eher als dem amtierenden Ministerpräsidenten Ehud Barak (Arbeiterpartei) zugetraut, der Gewalt von palästinensischer Seite Schranken zu setzen. Paradoxerweise war es Scharon, damals Wohnbau- und Siedlungsminister, gewesen, der die Intifadah der Palästinenser mit einem umstrittenen Besuch auf dem Tempelberg in Jerusalem von neuem angefacht hatte. Kurz vor den Wahlen hatte Amerikas scheidender Präsident Bill Clinton einen weit reichenden Plan für ein Friedensabkommen vorgelegt; dieser sah die Rückgabe

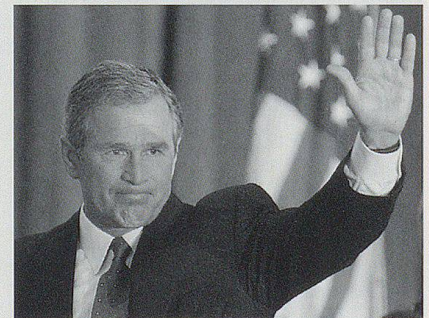
von 95 Prozent der besetzten Gebiete, des Gazastreifens sowie des Ostteils der Stadt Jerusalem an die Palästinenser vor; im Gegenzug sollten die Palästinenser auf ein Rückkehrrecht nach Israel verzichten. Unter dem Druck von Extremisten in den eigenen Reihen lehnte Arafat den Plan ab – und machte es den Israelis dadurch umso leichter, sich aus dem Friedensprozess zurückzuziehen. Schon vor der Wahl liess Scharon keinen Zweifel, dass er die bisherigen Abkommen mit den Palästinensern nicht einzuhalten gedenke. Stattdessen trieb die neue Regierung den Ausbau von «Siedlungen» in den besetzten Gebieten unentwegt voran. Scharon gelang es indessen so wenig wie Barak, Israels Sicherheit zu gewährleisten. Auf die israelischen Vergeltungsmassnahmen antworteten die Palästinenser mit immer blutigeren Selbstmordanschlägen. – In Syrien folgte Bashar el-Assad seinem Vater Hafez el-Assad, der im Juni 2000 nach rund 20 Jahren drakonischer Herrschaft gestorben war. Sowohl in der Innen- wie auch in der Aussenpolitik blieb Bashar jedoch neue Impulse schuldig.

Präsidentenwahl in den USA

Der knappe Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA am 7. November 2000 führte das Land an den Rand einer Verfassungskrise. Bei einem Stand von 255:246 Wahlmännerstimmen, mit denen der Präsidentschafts-

kandidat der Demokratischen Partei, Al Gore, in der Wahlnacht vor seinem republikanischen Rivalen George W. Bush lag, musste das Ergebnis in Florida die Entscheidung bringen. Dort waren 25 Elektorenstimmen zu vergeben. Problematisch wurde es, als Bush schliesslich nach maschineller Auszählung mit nur wenigen hundert Wählerstimmen in Führung lag und deshalb nach den gesetzlichen Bestimmungen des Staates Florida eine Kontrollauszählung notwendig wurde, die seinen Vorsprung auf 229 Stimmen zusammenschmelzen liess.

In den folgenden Wochen kam es zu einem erbitterten juristischen Tauziehen zwischen den Anwälten beider Parteien, das schliesslich – am 12. Dezember – vom Supreme Court der USA zugunsten Bushs entschieden



Fotos: Keystone

Der Republikaner George W. Bush trat am 20. Januar 2001 die Nachfolge Bill Clintons als Präsident der Vereinigten Staaten an. Die Umstände dieser Wahl waren aussergewöhnlich, weil erst ein Spruch des Obersten Gerichtshofes den langwierigen Auseinandersetzungen um Nachzählungen im Bundesstaat Florida ein Ende setzte und damit das Rennen zwischen Bush und dem Demokraten Al Gore entschied.

wurde. Zeitgleich mit dem Präsidenten wurde auch ein Drittel des US-Senats neu gewählt. Dort kam es nach Auszählung aller Stimmen zu einem Patt von jeweils 50 Sitzen für Demokraten und Republikaner; nach dem Parteiübertritt eines Republikaners aus Vermont erhielten die Demokraten sogar die Mehrheit. Für den Staat New York zog Präsidentengattin Hillary Clinton in den Senat ein.

Trotz des umstrittenen Wahlausgangs wurde die Legitimität der Bush-Präsidentschaft nach der Amtseinsetzung am 20. Januar 2001 nicht mehr bestritten. In der Innenpolitik setzte das neue Regierungsteam – dem unter anderen Schwergewichte wie Richard Cheney (Vizepräsident), Colin Powell (Aussenminister) und Donald Rumsfeld (Verteidigungsminister) angehören – konservative Akzente in der Umweltpolitik sowie in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs. Besonders die Aufkündigung des Kyoto-Protokolls, das die Eindämmung der CO₂-Emissionen zum Ziel hat, trug Bush viel Kritik ein. Auch im Verhältnis zu Russland, Nordkorea und China schlug die neue US-Regierung eine härtere Gangart ein. Die Notlandung eines US-Aufklärungsflugzeugs auf der Insel Hainan nach einer Kollision mit einem chinesischen Abfangjäger wuchs sich zu einer veritablen Krise aus, welche die Bush-Administration mit erstaunlicher Flexibilität meisterte. Mit der Verabschiedung eines Steuersen-

kungsprogramms von 1,35 Billionen Dollar durch beide Parlamentskammern errang Bush Ende Mai einen ersten grossen politischen Erfolg.

Gegenläufige Entwicklungen

Eine historische Wahl erlebte Mexiko: Am 2. Juli 2000 errang Vicente Fox, der Kandidat der gemässigt konservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN) mit 43 Prozent der Stimmen den Sieg gegen den Kandidaten der PRI, Francisco Labastida, der lediglich auf 36 Prozent kam. Die PRI, die «Partei der Institutionalisierten Revolution», hatte 71 Jahre lang die Geschicke des Landes bestimmt und sich dabei zunehmend abgenützt. Zum ersten Mal überhaupt in der mexikanischen Geschichte spielte sich ein Machtwechsel von einer Partei auf eine andere auf friedliche Weise ab. Als faire Verliererin erwies sich auch die Rechte in Chile, als ihr Kandidat Joaquin Lavín die Stichwahl um die Präsidentschaft gegen den Sozialisten Ricardo Lagos knapp verlor.

Der afrikanische Kontinent blieb hingegen ein unfruchtbarer Boden für Demokratie und Menschenrechte. In Zimbabwe waren Präsident Mugabe alle Mittel recht, um an der Macht zu bleiben. Einen Monat vor den Parlamentswahlen vom 24./25. Juni 2000 enteignete der sich zunehmend autoritärer gebärdende Staatschef 1,2 Millionen Hektar Grundbesitz weisser Farmer.

Trotzdem erlitt die herrschende Zanu-Partei schwere Verluste: Von ihren 118 der insgesamt 120 zur Wahl stehenden Parlamentssitze vermochte sie nur deren 62 zu halten; das Movement for Democratic Change eroberte in der von der EU als unfair kritisierten Wahl 57 Mandate. Mit dem Verlust an Rechtsstaatlichkeit einherging ein Zerfall der Wirtschaft, der sich in einer hohen Arbeitslosenrate sowie Engpässen in der Treibstoff- und Stromversorgung äusserte. – Rechtlosigkeit, Bürgerkriege und Plünderung der natürlichen Bodenschätze prägten die Situation in zahlreichen andern afrikanischen Ländern, so insbesondere in Angola, Liberia, Sierra Leone und Kongo. Im ehemals belgischen Kongo (Zaire) mischten weiterhin Truppen aus Zimbabwe, Ruanda und Uganda mit. Präsident Laurent Kabila, der 1997 Mobutu Sese Seko vertrieben hatte, wurde seinerseits im Januar 2001 von einem seiner Leibwächter erschossen; zum Nachfolger wurde sein Sohn ernannt. In Ghana hingegen trat Präsident Jerry Rawlings nach 20 Jahren zurück; neuer Staatschef wurde John Kufuor, ein Oppositionspolitiker, den Rawlings 1996 bei den Präsidentschaftswahlen geschlagen hatte.

Europa: Kontinuität und Brüche

Europa blieb zwar von grösseren Erschütterungen verschont; aber es fehlte nicht an politischen



Bei den italienischen Parlamentswahlen vom 13. Mai 2001 eroberte der Medienunternehmer Silvio Berlusconi mit seinem Mitte-Rechts-Bündnis die Mehrheit.

Rückschlägen. Im Dezember 2000 einigten sich die EU-Staats- und Regierungschefs in Nizza nach mühsamen Verhandlungen auf eine Vertragsreform, welche die Osterweiterung vorbereiten sollte: Bis zu zwölf ost- und südeuropäische Staaten sollen in den nächsten Jahren aufgenommen werden. Durch eine Beschleunigung des Entscheidungsprozesses und durch häufigere Mehrheitsentscheide sollte die EU handlungsfähiger und demokratischer werden. Doch das einzige Land, das über die Vertragsreform abstimmen konnte, legte sich quer: Am 8. Juni 2001 sagten die Iren mit einer Mehrheit von 54 Prozent nein. Einen Rückschlag erlitt auch die Europäische Währungsunion: Am 28. September

2000 sprachen sich die Dänen mit 53 Prozent Nein gegen eine Mitwirkung aus; den Ausschlag gab ein markanter Vertrauensverlust in die geplante gemeinsame Währung Euro. Griechenland trat der Währungsunion hingegen im Januar 2001 bei.

Eine markante politische Wende erlebte Italien: Bei den Parlamentswahlen vom 13. Mai 2001 erzielte das Mitte-Rechts-Bündnis des Medienunternehmers Silvio Berlusconi die absolute Mehrheit. Berlusconis Casa delle Libertà («Haus der Freiheiten») kam im Senat auf 177 der 315 Sitze, die Mitte-Links-Allianz Ulivo («Olivenbaum») unter Francesco Rutelli nur auf 125 Sitze. Im Abgeordnetenhaus waren die Mehrheitsverhältnisse ebenso deutlich. – Zu einem Re-

gierungswechsel kam es auch in Liechtenstein: Aus den Wahlen zum Landtag ging am 9. Februar die bisher oppositionelle Fortschrittliche Bürgerpartei als absolut stärkste Kraft hervor, womit die vierjährige Alleinregierung der Vaterländischen Union unter Mario Frick ein Ende fand. Das Fürstentum geriet wegen der Tätigkeit einzelner Bank- und Treuhandinstitute international unter Druck; ausserdem vergiftete der anhaltende Verfassungsstreit zwischen Fürst und Regierung das politische Klima.

Für Kontinuität votierten dagegen die Briten: Bei den Unterhauswahlen vom 7. Juni 2001 vermochte Tony Blairs Labour Party ihren Wahltriumph von 1997 zu wiederholen. Mit 42 Prozent der abgegebenen Stimmen kam sie praktisch auf dasselbe Resultat wie vor vier Jahren (43 Prozent). Der Chef der schwer geschlagenen Konservativen Partei, William Hague, trat umgehend zurück.

Innenpolitischer Rückblick

«Das Ansehen der Schweiz baut teilweise auf überholten Klischees auf, deren Brüchigkeit sich bei ernsthaften Differenzen bemerkbar macht und im Bedarfsfall andere Staaten nicht vom Versuch abhält, ihre Interessen gegenüber der Schweiz mit Nachdruck oder gar mit Druck durchzusetzen.» Dieser umständliche, aber umso bedeu-

tungsvollere Satz findet sich im Aussenpolitischen Bericht 2000 des Bundesrats. Implizit hiess dies: Um ihre Interessen in einem veränderten internationalen Umfeld verteidigen zu können, ist die Schweiz auf die Zusammenarbeit mit andern Staaten, besonders mit ihren europäischen Nachbarn, dringend angewiesen.

Die Brüchigkeit äusserlich guter Beziehungen hatte sich beim Streit um die nachrichtlosen Vermögen mit den USA gezeigt, als unser Land Mühe bekundete, sich der Vorwürfe und Forderungen aus Übersee zu erwehren. Die isolierte Stellung der Schweiz manifestierte sich nun auch im Verhältnis zu Deutschland: Aus Protest gegen die wachsende Zahl von Flugbewegungen über süddeutschem Gebiet kündigten die Deutschen am 23. Mai 2000 die bestehende Vereinbarung über den Flugverkehr von und nach Zürich-Kloten per Ende Mai 2001. Nachdem Verhandlungen auf Verwaltungsebene während fast einem Jahr nicht vom Fleck gekommen waren, verständigten sich Bundespräsident Moritz Leuenberger und der deutsche Verkehrsminister Kurt Bodewig am 23. April 2001 in Berlin auf die Eckpunkte eines neuen Staatsvertrags. Die Zahl der Flugbewegungen über Süddeutschland vom und zum Flughafen Kloten sollte auf jährlich 100 000 begrenzt werden, was gegenüber dem aktuellen Stand eine Reduktion um 40 000 Flugbewegungen



Fotos: Keystone

Unter massivem deutschem Druck einigten sich Bundespräsident Moritz Leuenberger und der Verkehrsminister Kurt Bodewig am 23. April 2001 auf die Eckpunkte eines Staatsvertrages, der den Flugverkehr nach Zürich beschränkt.

bedeutete. Vorgesehen waren ausserdem eine Verschärfung der Nachtflugverbote über süddeutschem Gebiet, ferner eine spezielle Wochenendklausel. Die «Einigung» kam unter massivem deutschem Druck zustande: Die Berliner Regierung drohte mit einseitigen Massnahmen, falls Bern nicht einlenken sollte. Entsprechend schroff waren die Reaktionen in der Schweiz: Der «Kompromiss von Berlin» hiess nicht nur, dass Zehntausende von Flugbewegungen künftig über dicht besiedeltem schweizerischem Gebiet statt wie bisher über Süddeutschland ausgeführt werden müssten; befürchtet wurde eine eigentliche Abschnürung der Flugdrehscheibe Zürich und damit längerfristig eine Schwächung des

Wirtschaftsstandortes Schweiz. Besondere Empörung rief die Tatsache hervor, dass die Deutschen Einschränkungen durchsetzten (Nachtflugverbote; Wochenendregelung), die sie selber für ihre Grossflughäfen Frankfurt und München nicht in Betracht zogen. Rasch zeigte sich, dass ein Staatsvertrag in dieser Form im schweizerischen Parlament keine Mehrheit finden würde; allerdings blieb die Frage offen, welche Alternativen der Schweiz – ohne Rückhalt in der EU – verblieben.

Skepsis gegenüber Europa

Mit dem Abschluss der bilateralen Verträge mit der EU hatte unser Land einige der stossendsten Nachteile seines Abseitsste-

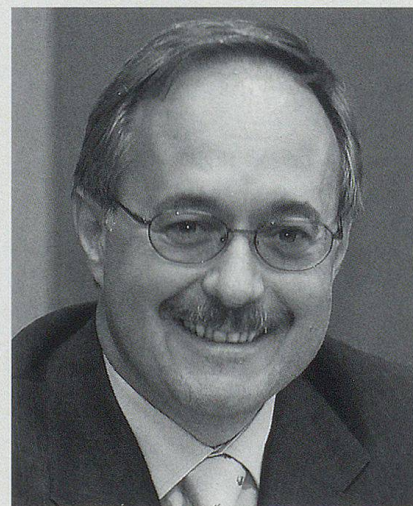
hens zu beseitigen vermocht. Die Schweizer Stimmberechtigten honorierten das Verhandlungsergebnis in der Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 mit einer Ja-Mehrheit von 67,2 Prozent. Den EU-Staaten, die das Abkommen über die Personenfreizügigkeit ebenfalls zu ratifizieren hatten, drängte die Sache allerdings in keiner Weise: Mitte 2001 hatte erst rund die Hälfte der nationalen Parlamente ihre Zustimmung gegeben, sodass ein Inkrafttreten Anfang 2002 unsicher blieb. Stattdessen bedrängte die EU die Schweiz mit neuen bilateralen Forderungen: Ultimativ verlangte sie Konzessionen in den Bereichen Betrugsbekämpfung (Zigaretten-schmuggel!) und Zinsbesteuerung. Die Schweiz signalisierte zwar Bereitschaft, Hand zu bieten bei der Eindämmung betrügerischer Aktivitäten, machte jedoch klar, dass sie eine Abschaffung des Bankgeheimnisses nicht hinzunehmen gewillt war. Im Hinblick auf weitere bilaterale Verhandlungen nannte der Bundesrat als wichtigstes Ziel den vollen Einbezug unseres Landes ins Vertragssystem von Schengen, das die weit gehende Abschaffung der Grenzkontrollen und eine enge polizeiliche Zusammenarbeit ermöglicht; ein Ausschluss entspreche weder den Sicherheitsinteressen der EU noch der Schweiz, argumentierte Bundesrätin Metzler. Allerdings zeigte sich auch hier, wie eng die Zäune des Nicht-EU-Landes Schweiz gesteckt blieben.

Zwar hielt der Bundesrat am «strategischen Ziel» eines EU-Beitritts fest; das Schweizervolk blieb jedoch mehrheitlich skeptisch. Mit der Volksinitiative «Ja zu Europa» erlitten die Verfechter eines raschen EU-Beitritts eine vernichtende Niederlage: Am 5. März 2001 wurde das Begehren von allen Kantonen und von 76,7 Prozent aller Stimmen überaus deutlich verworfen. Paradoxerweise führte diese Initiative in der Europafrage auch zu einem Schulterchluss zwischen Romandie und Deutschschweiz. Das Abstimmungsergebnis bedeutete indessen keine grundsätzliche Absage an eine offene Europa-Politik; auch Befürworter einer aussenpolitischen Öffnung hatten dem Begehren ihre Zustimmung verweigert. Dass Vorlagen für eine schrittweise Öffnung nicht chancenlos sind, demonstrierten die Stimmberechtigten am 10. Juni 2001, als sie der Revision des Militärgesetzes mit 51 Prozent zustimmten und damit der heterogenen Gegnerschaft aus SVP und GSoA (Gruppe für eine Schweiz ohne Armee) eine Absage erteilten. Diese Reform ermöglicht einerseits die Bewaffnung schweizerischer Friedenstruppen im Ausland, andererseits eine engere Zusammenarbeit mit Partnerländern im Ausbildungsbereich. Die regionale Verteilung von Ja- und Nein-Stimmen ergab ein aussergewöhnliches Bild: Zur Ost- und Zentralschweiz, die Öffnungsvorlagen traditionell skeptisch gegenüberstehen, ge-

sellten sich diesmal das Tessin und ein Grossteil der Romandie, die aus überwiegend armeekritischen Motiven nein sagten. Für die knappe Annahme der Militärgesetz-Revision sorgten die Städte und Agglomerationen des Mittellandes im Dreieck Basel-Bern-Zürich.

Rücktritte und Wahlen

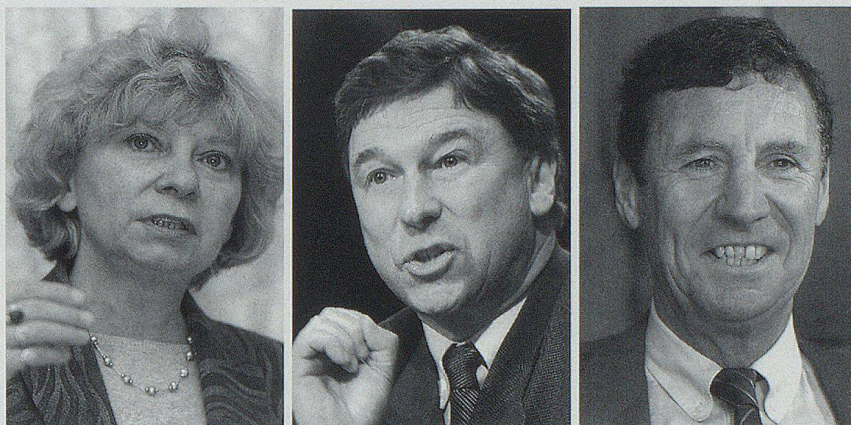
Das Ergebnis dieser Abstimmung war umso bemerkenswerter, als Blochers Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) eine ausgesprochen demagogische Kampagne geführt hatte. Das Ja zum revidierten Militärgesetz stellte auch einen persönlichen Erfolg für den neuen Bundesrat Samuel



Der Berner SVP-Ständerat Samuel Schmid wurde von der Bundesversammlung am 6. Dezember 2000 als Nachfolger Adolf Ogis in den Bundesrat gewählt. Mit der knappen Annahme der Militärgesetz-Revision konnte Schmid einen ersten bedeutenden Erfolg verbuchen.

Schmid dar. Der Anwalt und Berner SVP-Ständerat war am 6. Dezember 2000 als Nachfolger Adolf Ogis in die Landesregierung gewählt worden. Blochers Versuch, die Wahl des als weltweiten geltenden Berners mit der Nomination der Zürcher Sicherheitsdirektorin Rita Fuhrer zu hintertreiben, scheiterte kläglich; noch weniger Erfolg war den Kandidaten der Thurgauer und der Bündner SVP, Roland Eberle und Christoffel Brändli, beschieden. Zu den Kuriositäten dieser Bundesrats-Ersatzwahl gehörte, dass die SP in ihrem krampfhaften Bemühen, eine Alternativ-Kandidatur zu präsentieren, am Wahltag ausgerechnet auf den Präsidenten der Schweizerischen Offiziersgesellschaft, den Aargauer SVP-Mann Ulrich Siegrist verfiel. Die Zeiten ändern sich...

Die Sozialdemokraten durchlebten eine der schwersten Krisen ihrer Parteigeschichte: Die internen Auseinandersetzungen gipfelten im Rücktritt der glücklosen und zunehmend umstrittenen Parteipräsidentin Ursula Koch. Als Nachfolgerin wurde die Genfer Ständerätin Christiane Brunner gewählt; gleichzeitig gab sich die SP Schweiz modernere Strukturen. Zweieinhalb Jahre vor den nächsten eidgenössischen Wahlen wechselten auch die FDP und die CVP ihre Präsidenten aus. Die Nachfolge von Franz Steinegger, der die Parteiführung im Gefolge der Kopp-Affäre übernommen hatte, trat der Schaffhauser Wirtschafts-



Fotos: Keystone

Drei der vier Bundesratsparteien wechselten ihre Präsidien aus: Bei der SP folgte Christiane Brunner auf Ursula Koch, bei der FDP Gerold Bührer auf Franz Steinegger und bei der CVP Philipp Stähelin auf Adalbert Durrer.

und Finanzexperte Gerold Bührer an, jene Adalbert Durrers, der besonders in der Europa-Frage wenig vorteilhaft taktiert hatte, der Thurgauer Ständerat Philipp Stähelin. Ungemach bereitete der CVP auch der Fall des Zegers Peter Hess: Der Wirtschaftsanwalt, der 1999 um ein Haar in den Bundesrat gewählt worden war, geriet als Nationalratspräsident wegen nicht deklarerter, bzw. fragwürdiger Mandate unter Druck, «rettete» sich jedoch mit einem Verzicht auf sämtliche seiner 48 Sitze in Verwaltungsräten und Stiftungen. – Anhaltend im Aufwind politisierte die SVP: Mit ihren Positionen zur Aus-, Asyl-, Finanz- und Sozialpolitik vermochte sie nicht nur das rechtskonservative Lager bis an den Rand des politischen Spektrums hinter sich zu scharren; sie bedrängte in wachsendem Masse auch die FDP und die CVP. Als einzige Bundesratspartei unterstützte die SVP die 18-Prozent-Zuwanderungsinitiative

– diese wurde am 24. September 2000 von Volk und Ständen mit 63,7 Prozent Nein verworfen – sowie die von ihren eigenen Bundesräten Ogi und Schmid verfochtene Militärgesetzrevision. Umstritten blieb, ob die SVP mit ihrer holzschnittartigen Form des Politisierens nicht auch rechtsextremen Tendenzen Vorschub leistete. Mit gezielten Auftritten, so u.a. anlässlich einer Erst-August-Rede von Bundesrat Villiger auf dem Rütli, versetzten Skinhead-Gruppen die Schweiz in Aufregung.

Ringens um den «Service public»

Heiss diskutiert wurde in der Öffentlichkeit die Zukunft des «Service public». Insbesondere die Pläne der Post, gesamtschweizerisch bis zu 600 Postämter zu schliessen, erzeugten heftige Reaktionen. Unter Druck geriet das Departement für Verkehr, Umwelt und Kommunika-



Wiederholt stauten sich im Nord-Süd-Transitverkehr Lastwagen am Zoll in Chiasso sowie am Gotthard.

tion auch im Zusammenhang mit überhohen Managerlöhnen bei den verselbständigten Bundesbetrieben SBB, Post und Swisscom.

Für viel Aufsehen sorgten wiederholte Lastwagenstaus am Zoll in Chiasso und am Gotthard: Eine Task Force des Bundes bemühte sich um Lösungen; Patentrezepte gegen die Camionflut gab es jedoch nicht. Mit den Staus erhöhte sich der politische Druck für den Bau eines zweiten Strassentunnels durch das Gotthardmassiv. Die Bundesbehörden befanden sich insofern in einem Dilemma, als die Beseitigung von Engpässen automatisch die Attraktivität der Nord-

Süd-Strassenachse durch die Schweiz erhöhen und das Ziel der Verlagerung des Schwerverkehrs auf die Schienen gefährden würde.

Einen Rückschlag erlitten Bundesrat und Parlament in der Energiepolitik: Am 24. September lehnten Volk und Stände alle drei Energievorlagen ab; eine von ihnen hätte die Erhebung von Energielenkungsabgaben und eine entsprechende Senkung der Lohnnebenkosten ermöglicht. Dieser (gemässigte) Einstieg in die ökologische Steuerreform scheiterte jedoch an einer überaus scharfen Gegenkampagne der Wirtschaftverbände.

Klimaveränderung

Die gute Wirtschaftskonjunktur schlug sich auch im Bundeshaushalt nieder: Seit 1991 waren Jahr für Jahr Milliardendefizite angefallen; die Schuldenlast des Bundes hatte sich auf über 100 Milliarden Franken erhöht – auf mehr als 14 000 Franken pro Einwohner! In der Staatsrechnung 2000 resultierte nun aber anstelle eines budgetierten Fehlbetrags von 1,8 Milliarden ein Überschuss von 4,5 Milliarden Franken. Finanzminister Kaspar Villiger bereitete diese Entwicklung allerdings nicht eitel Freude: Immer lauter ertönte der Ruf nach Steuersenkungen – weit



Fotos: Keystone

Im März 2001 tagten die eidgenössischen Räte drei Wochen lang in Lugano. Den Abschluss bildete ein grosses Volksfest.

über das vom Bundesrat vorgeschlagene Paket hinaus, mit dem vor allem Ehepaare und Familien sowie Wohneigentümer um jährlich 1,5 Milliarden entlastet werden sollen.

Die gute Konjunkturlage kam auch den Sozialwerken zugute. Sie änderte indessen wenig daran, dass bei der AHV und der IV ein erheblicher Sanierungsbedarf besteht: Wegen der demografischen Entwicklung werden in den kommenden Jahren immer weniger Personen im erwerbsfähigen Alter für immer mehr Rentenleistungen aufzukommen haben. Die Diskussion um die 11. AHV-Revision stand denn auch unter widersprüchli-

chen Vorzeichen: Während die Linke einen weiteren Ausbau der Leistungen verlangte, warnten die Bürgerlichen vor den finanziellen Konsequenzen des unaufhaltsamen Alterungsprozesses. Das Resultat der 16-stündigen Debatte im Nationalrat befriedigte weder die Linke noch die Rechte: Am Ende wurde die Vorlage mit einem Zufallsmehr von 62 gegen 60 Stimmen bei 63 Enthaltungen verabschiedet. In der umstrittenen Frage des Rentenalters obsiegte der bundesrätliche Antrag: Das Rentenalter der Frauen soll jenem der Männer (65 Jahre) bis zum Jahr 2009 angeglichen werden; für den Rentenvorbezug ab 62 Jahren wer-

den jährlich 400 Millionen bereitgestellt. Der demographischen Entwicklung versuchte das Parlament dadurch Rechnung zu tragen, dass es einen Mehrwertsteuer-Zuschlag von maximal 1,5 Prozent (im Zeitraum bis 2011) vorsah. Der AHV-Debatte widmete der Nationalrat Anfang Mai 2001 eine Sondersession in Bern. Im Frühjahr hatte das Parlament drei Wochen in Lugano getagt, während im Bundeshaus der Ständeratssaal renoviert worden war. Dem Kanton Tessin gab dieser Abstecher der eidgenössischen Räte Gelegenheit, sich ein Stück weit von seinem durch diverse Affären angekratzten Image zu befreien.